

»Visionen« für flüchtlingsfreies Europa

Drittes bundesweites Vernetzungstreffen von Abschiebehaftgruppen zur Asylpolitik der EU

Im Mittelpunkt des dritten bundesweiten Vernetzungstreffens von Initiativen gegen Abschiebehaft am vergangenen Wochenende in Leipzig stand die aktuelle Situation von Flüchtlingen und Migranten in Europa. Die rund 70 Teilnehmer waren aus der Bundesrepublik, aus Frankreich, den Niederlanden und der Slowakei angereist.

Seit 1999 wird auf EU-Ebene darum gerungen, eine einheitliche Asylgesetzgebung zu verabschieden. Eine entsprechende EU-Richtlinie wurde bereits von 14 der derzeit 15 Mitgliedsstaaten unterzeichnet. Einzig Deutschland verhindere seit vier Jahren das Inkrafttreten einer solchen Regelung, berichtete Karl Kopp, Europareferent der Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl. Bundesinnenminister Otto Schily bremse jeden liberalen Ansatz beim europäischen Asylrecht aus. So sei aufgrund des deutschen Widerstands das Nachzugsalter von Kindern von ursprünglich 18 auf zwölf Jahre heruntergesetzt worden.

Thema war in Leipzig auch der neue Vorstoß des britischen Premiers Tony Blair, dessen »New Vision for Refugees« die Einrichtung von sogenannten »regionalen Transit- und Schutzzonen« außerhalb der EU vorsieht, etwa in der Türkei, in Marokko, Rumänien oder der Ukraine. Nach Europa eingereiste Flüchtlinge würden umgehend in diese geschlossenen Auffanglager zurückgebracht, wo dann über ihren Status entschieden werden soll. Kopp bewertet dies als »absolut völkerrechtswidriges Projekt«.

Einen weiteren Schwerpunkt innerhalb der Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden auf dem Treffen bildete die in der Bundesrepublik zunehmende Praxis von »Ausreisezentren« für Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen. Nach Einschätzung von Florian Detzler von der Münchner Menschenrechtsinitiative res publica wird mit der »rückkehrorientierten Beratung und Betreuung« in diesen Zentren zunehmender Druck ausgeübt, »um die Leute aus dem Land zu kriegen«. Die Behandlung der Flüchtlinge in den »Ausreisezentren« sei ein mehrfacher Bruch internationalen Rechts wie der Genfer Flüchtlingskonvention.

Die europäischen Gesetzgebungsprozesse stärker als bisher zu thematisieren, sieht Petra Krüger, Koordinatorin des Treffens, als vordringliche Aufgabe für die Zukunft: »Was hier unter maßgeblicher Mitwirkung Deutschlands beschlossen wird, ist bereits ab nächstem Jahr Realität in 25 Ländern«.